

Truppeninformation

MG-Teilrevision: Die Teilrevision des Militärgesetzes

Von Peter Marti, wissenschaftlicher Adjunkt im Generalsekretariat VBS

Bei der Teilrevision des Militärgesetzes haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 10. Juni 2001 über zwei Vorlagen abzustimmen. Es geht um die Ausbildungszusammenarbeit der Schweizer Armee mit ausländischen Armeen und um die Bewaffnung von Angehörigen der Armee, die freiwillig im Ausland Friedensförderungsdienst leisten.

Mit der *Vorlage über die Ausbildungszusammenarbeit* soll das Militärgesetz so geändert werden, dass die Zuständigkeiten für den Abschluss von Abkommen mit ausländischen Staaten über die Zusammenarbeit in der militärischen Ausbildung (Ausbildung von Truppen im Ausland, Ausbildung ausländischer Truppen in der Schweiz, gemeinsame Übungen mit ausländischen Truppen) vereinfacht werden. Gleichzeitig soll für schweizerische Angehörigen der Armee im Ausland eine grössere Rechtssicherheit geschaffen werden. Damit wird nicht etwas Neues geschaffen, sondern bereits Bestehendes vereinfacht.

Betreffend *Bewaffungsvorlage* soll das Militärgesetz so geändert werden, dass Angehörige der Armee, die freiwillig an Einsätzen zur Friedensförderung teilnehmen, bei Bedarf als Kontingent bewaffnet werden können, um sich selber zu schützen und den Auftrag zu erfüllen. Eine Teilnahme der Schweiz an Friedensförderungsmassnahmen ist nur dann möglich, wenn ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates oder der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) vorliegt. Eine Beteiligung an Kampfeinsätzen zur Friedenserzwingung bleibt weiterhin ausgeschlossen.

Warum abstimmen?

Bundesrat und Parlament haben beiden Vorlagen zugestimmt, hingegen haben die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) und die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) das Referendum gegen die Bewaffungsvorlage ergriffen. Sie sind der Ansicht, dass die Schweiz zur internationalen Friedensunterstützung nur zivile Mittel einsetzen sollte, und lehnen es ab, dem Bundesrat die Möglichkeit zu geben, Truppenkontingente im Friedensförderungsdienst zu bewaffnen, damit sie sich selbst schützen können. Die AUNS hat zudem auch das Referendum gegen die Vorlage über die Ausbildungszusammenarbeit eingereicht, weil sie der Ansicht ist, dass die Ausbildung mit dem Ausland in der militärischen Ausbildung sachlich unnötig, politisch unwillkommen und

in Bezug auf die Neutralität bedenklich sei.

Zusammenarbeit in der militärischen Ausbildung ist nötig

Heer und Luftwaffe müssen üben können, damit sie in der Lage sind, ihre Aufträge zu erfüllen. In der kleinräumigen und dicht überbauten Schweiz können aber nicht alle Übungen durchgeführt werden, die es braucht, um den nötigen Ausbildungsstand zu erreichen. In anderen Ländern bestehen entsprechende Übungsgelände und -anlagen. Es liegt in unserem Interesse, diese benützen zu können. Statt für diese Benützung zu zahlen, können wir unseren Partnern anbieten, im Gegenzug Anlagen der Schweizer Armee zu benützen, die nicht voll ausgelastet sind.

Zum Beispiel bei der Luftwaffe: Wachsende Auflagen (ziviler Luftverkehr, Lärmvorschriften, Nachtflugverbot, Verbot von Überschallflügen) haben ein effizientes Training im Schweizer Luftraum in steigendem Masse verunmöglicht. Es geht darum,

- den Zugang zu Ausbildungs- und Schiessgeländen zu erhalten, die in dieser Qualität und Quantität in der Schweiz nicht (mehr) existieren;
- alle Formen des Einsatzes (zum Beispiel Luftkampftraining in der Nacht und mit Überschallgeschwindigkeit) zu üben;
- die Luftbekämpfung von unterschiedlichen Flugzeug- und Waffentypen zu trainieren und dank elektronischer Auswerteanlagen realistisch zu beurteilen;
- den Ausbildungsstand unserer Piloten im internationalen Vergleich zu beurteilen;
- den Wert von verschiedenen Einsatzverfahren zu testen;
- die Interoperabilität (Fähigkeit zur Zusammenarbeit) in Führung, Ausrüstung und Abläufen zu erhöhen.

Im Gegenzug zu den Einsätzen im Ausland bietet die Schweiz den Partnerstaaten Ausbildungsmöglichkeiten (zum Beispiel Gebirgsflugtraining für Helikopter) und die Benützung unserer modernen Flugsimulatoren an.

Ausbildungszusammenarbeit kann auch gemeinsame Übungen einschliessen. Diese dienen dazu, den Ausbildungsstand unserer Armee zu überprüfen: Wenn wir uns an anderen im Frieden messen, können wir abschätzen, was unsere Armee im Ernstfall zu leisten vermag. Nur dadurch erlangen wir die Gewissheit, dass unsere Armee auch für eine autonome Verteidigung glaubwürdig ausgebildet ist

Ausbildungszusammenarbeit ist nichts Aussergewöhnliches...

Der Kalte Krieg ist vorbei. Die Staaten Europas – und nicht nur Westeuropas – arbeiten auch in der militärischen Ausbildung stärker als früher zusammen. Der internationale Austausch ist für das Militär genau so wertvoll wie für die Wirtschaft, Industrie oder Forschung. Es liegt auch nahe, in einer Zeit knapper Verteidigungsbudgets die Ausbildung möglichst effizient zu gestalten. Die gegenseitige Benützung von Ausbildungsorten und -materialien erlaubt allen Geld zu sparen, indem nicht jeder Staat selber teure Anschaffungen tätigen und Einrichtungen bereithalten muss. Die internationale Ausbildungszusammenarbeit ist zur Normalität geworden.

> Foto von der Operation "Drakar" (JPG, 143 KB): Im Oktober/November 1999 leistete

eine Schweizer Panzerkompanie mit 71 AdA aus fünf Panzerbrigaden ihren Wiederholungskurs im südschwedischen Revinge und Ravlunda.

...und nichts Neues

Die Schweizerische Armee arbeitet seit langem mit ausländischen Armeen in der Ausbildung zusammen: Unsere Armee benützt Übungsgelände im Ausland, und ausländische Partner üben auf unseren Simulatoren. Schweizerische Offiziere werden an ausländische Militärschulen entsandt, und im Gegenzug nehmen ausländische Offiziere an Kursen unserer Armee teil. Alle diese Austauschprogramme beruhen auf der Grundlage von bilateralen Abkommen und Vereinbarungen (sogenannten Memorandum of Understanding) oder Sonderbewilligungen des Chefs des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS).

Möglichst einfache Regelungen

Für die Zusammenarbeit mit einem Staat in der militärischen Ausbildung muss jeweils ein Abkommen abgeschlossen werden. Bis jetzt hat der Bundesrat für jede einzelne Ausbildungsaktivität ein solches Abkommen abgeschlossen. Da diese Aktivitäten aber zugenommen haben, soll nun die Grundlage geschaffen werden, die Verfahrensabläufe zu vereinfachen. Der Bundesrat soll für die Ausbildungszusammenarbeit mit unseren Partnerstaaten Rahmenabkommen abschliessen können.

Diese sind die Grundlage für die militärische Ausbildungszusammenarbeit mit dem betreffenden Partner. Auf Grund eines solchen Abkommens kann anschliessend der Chef VBS die technisch-administrativen Einzelheiten für jede einzelne Ausbildungsaktivität regeln. Wo kein Rahmenabkommen abgeschlossen wird, bleibt der Bundesrat für die Genehmigung des einzelnen Ausbildungsvorhabens zuständig.

Hohe Rechtssicherheit für Schweizer AdA im Ausland

Angehörige der Armee sollen auch im Ausland die bestmöglichen Regelungen betreffend Rechte und Pflichten haben. Zu diesem Zweck soll der Bundesrat internationale Abkommen abschliessen können, um auf Gegenseitigkeit den Status schweizerischer Angehöriger der Armee im Ausland und den Status ausländischer Militärs zu regeln, die zeitweilig in der Schweiz sind.

Dies betrifft unter anderem die Haftung bei Schadenfällen, die Verfolgung strafbarer Handlungen und die Ein- und Ausfuhr von Material und Ausrüstung. In diesen Bereichen gibt es internationale Standards, die zwar zum Teil vom Schweizer Recht abweichen, jedoch im Interesse unserer Armeeeingehöriger liegen. Der Bundesrat soll befugt werden, solche Vereinbarungen abzuschliessen. Die Rechte von Privaten in der Schweiz werden dadurch in keiner Weise beeinträchtigt.

Schweizer Engagement für Sicherheit, Stabilität und Frieden

Für das traditionelle Engagement der Schweiz für Sicherheit, Stabilität und Frieden werden Einsätze jenseits unserer Grenzen immer wichtiger. Das Schwergewicht liegt dabei zwar im zivilen Bereich, aber seit 1953 (Korea) entsendet die Schweiz auch Militärpersonen und Kontingente ins Ausland.

Neben fünf Offizieren an der Grenze zwischen Nord- und Südkorea sind zurzeit 19 unbewaffnete Schweizer UNO-Militärbeobachter im Einsatz. 1989/90 stellte die Schweiz den Vereinten Nationen eine Sanitätseinheit in Namibia zur Verfügung und von 1991 bis 1994 in der Westsahara. Von 1996 bis 2000 unterstützte eine Logistikeinheit, die sogenannten Gelbmützen, die OSZE in Bosnien-Herzegowina, und seit Oktober 1999 unterstützt die Schweiz die internationalen Friedenstruppen im Kosovo (KFOR), mit bis zu 160 Militärpersonen, der genannten SWISSCOY.

Besserer Selbstschutz dank Bewaffnung

Einsätze in Gebieten, wo der Frieden erst aufgebaut werden muss, können für die Beteiligten gefährlich sein. Bisher konnten in solchen Einsätzen aufgrund des bisherigen Militärgesetzes nur einzelne Angehörige der Armee bewaffnet werden, nicht aber ein ganzes Kontingent. Mit dieser Vorlage soll nun ermöglicht werden, wenn nötig auch das ganze Kontingent zu bewaffnen, damit die Angehörigen der Armee sich selber schützen und ihren Auftrag selbständig erfüllen können.

Anrecht auf Selbstschutz

Es ist selbstverständlich, dass in der Schweiz unsere Armeeingehörige zum Schutz und zur Bewachung ihrer Einrichtungen auch entsprechend bewaffnet sind, sogar zu Friedenszeiten in den Wiederholungskursen. Auch wenn Angehörige der Armee freiwillig an internationalen Einsätzen zur Förderung von Stabilität, Sicherheit und Frieden teilnehmen, haben sie Anrecht auf einen möglichst hohen Selbstschutz. Für jeden Einsatz – und bei Veränderungen der Lage auch im Verlauf eines Einsatzes – wird festgelegt, welche Bewaffnung notwendig ist. Wer angemessen bewaffnet ist, läuft weniger Risiko, überhaupt angegriffen zu werden. Die Bewaffnung dient aber niemals dazu, mit offensiven Kampfeinsätzen den Frieden erzwingen zu wollen: das wird vom Gesetz ausdrücklich ausgeschlossen.

Die Bewaffnung hat vielmehr den Zweck, dass die Angehörigen der Armee sich selber schützen können, statt auf den Schutz durch ausländische Truppen angewiesen zu sein. Im Kosovo leistet unsere SWISSCOY zurzeit hervorragende logistische Unterstützung, muss aber vom österreichischen Kontingent unterstützt werden, dem sie zur Zusammenarbeit zugewiesen ist. In der Schweiz hingegen ist es jeder WK-Kompanie gestattet, ihre Einrichtungen notfalls mit Waffengewalt zu schützen.

Strenge Bedingungen

Bewaffnete Einsätze, bei denen auch weiterhin nur Freiwillige zum Einsatz kommen, werden an sieben strenge Bedingungen geknüpft, wobei die ersten fünf durch das Gesetz vorgegeben sind:

1. Die Teilnahme an solchen Einsätzen ist für alle Beteiligten freiwillig.
2. Unsere staats- und sicherheitspolitischen Interessen müssen den Einsatz erfordern. Er muss einen namhaften Beitrag zur Sicherheit und Stabilität in unserem strategischen Umfeld darstellen
3. Es braucht eine klare völkerrechtliche Grundlage für den Einsatz, das heisst ein Mandat der UNO oder der OSZE. Die Bundesversammlung muss den Einsatz genehmigen, wenn dieser mehr als 100 Angehörige der Armee umfasst oder länger als drei Wochen dauert.
4. Die Bundesversammlung muss den Einsatz genehmigen, wenn dieser mehr als 100 Angehörige der Armee umfasst oder länger als drei Wochen dauert.
5. Die Teilnahme an Kampfhandlungen zur Erzwungung des Friedens ist ausgeschlossen.
6. Der Auftrag muss klar formuliert sein. Die Schweiz bestimmt in jedem Fall selbst, ob, wie und wie lange sie einen Beitrag zu einem Einsatz leisten will.
7. Die Einsätze sind mit unseren zivilen Aktivitäten vor Ort abgestimmt. Das militärische Engagement der Schweiz in Krisengebieten wird laufend mit den Fachstellen im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten abgesprochen.

> [Grafik JPG \(104 KB\)](#) / > [Grafik PDF \(14 KB\)](#)

Solidarität ist in unserem eigenen Interesse

Die aktive Teilnahme an internationalen Einsätzen zur Förderung des Friedens liegt in unserem eigenen Interesse. Damit leisten wir einen Beitrag dazu, die Auswirkungen gewaltsamer Konflikte – z.B. in Form von Flüchtlingsströmen – auf die Schweiz zu verringern. Wir verkleinern damit auch das Risiko, dass sich ein Konflikt oder eine Krise ausweitet und die Schweiz davon betroffen wird. Gerade in Krisenlagen müssen wir für unsere Solidarität den Tatbeweis erbringen und auch bei schwierigen Aufgaben einen glaubwürdigen Beitrag leisten. Nur wer Solidarität zeigt, kann Solidarität erwarten.

In gewissen Fällen ist zivile Friedensförderung ohne militärische Friedenssicherung nicht möglich. Der Beitrag der Schweiz ist deshalb auch auf militärischer Ebene gefragt. Eine Beschränkung auf zivile und humanitäre Beiträge zur Förderung des Friedens ist nicht im Sinne einer umfassenden Solidarität.

Unsere Souveränität bleibt gewahrt

Die Schweiz befindet weiterhin in voller Eigenständigkeit und Souveränität selber darüber, ob sie sich an einem internationalen Einsatz zur Friedensförderung beteiligen will oder nicht. Wenn sie sich für einen militärischen Beitrag zu einem Einsatz entscheidet, legt sie selber fest, mit welchen Mitteln, für wie lange und in welcher Rolle sie sich engagiert und ob dies bewaffnet oder unbewaffnet erfolgen soll. Es wird keine Souveränität an die UNO, die OSZE, die Europäische Union oder an die NATO abgetreten.

Mit der Neutralität vereinbar

Militärische Einsätze zur Friedensförderung, wie sie die Teilrevision des Militärgesetzes vorsieht, sind mit der Neutralität vereinbar. Damit die Schweiz überhaupt prüft, ob sie sich an einem Einsatz beteiligen will, muss zuerst ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates oder der OSZE für einen derartigen Einsatz vorliegen. Ein solches Mandat kann aber nur erteilt werden, wenn die Völkergemeinschaft in ihrer grossen Mehrheit dahinter steht. In solchen Fällen stellt sich die Frage der Neutralität gar nicht.

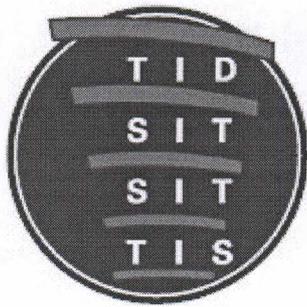
Die Teilnahme an diesen internationalen Einsätzen zur Friedensförderung bedeutet auch nicht die Teilnahme an einem Krieg, sondern Sicherung des Friedens. Dies ist ein Engagement im Sinne unseres solidarischen Neutralitätsgedankens, im Einklang mit den Werten, die wir mit anderen Völkern teilen. Die Bewaffnung unserer Truppen ändert daran nichts.

Auch die anderen neutralen Staaten Europas - Schweden, Finnland, Österreich und Island - stellen bewaffnete Armeeangehörige zu internationalen Friedenseinsätzen zur Verfügung – seit Jahren und ohne deswegen ihre Neutralität aufgeben zu müssen.

Das Parlament hat die Kontrolle

Die Teilrevision des Militärgesetzes betreffend Bewaffnung sichert dem Parlament volle Mitsprache zu bei der Entscheidung über einen Einsatz. Vor einem bewaffneten Einsatz muss der Bundesrat zuerst die zuständigen Kommissionen von National- und Ständerat konsultieren. Werden mehr als 100 Angehörige der Armee eingesetzt oder dauert der Einsatz länger als drei Wochen, muss zudem die Bundesversammlung den Einsatz genehmigen.

März 2001. Zum Autor: Peter Marti arbeitet als wissenschaftlicher Adjunkt im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Generalsekretariat VBS und ist in seiner militärischen Funktion Chef TID in der Geb Div 12.



Service d'information de la troupe

Révision partielle de la LAAM

La révision partielle de la loi sur l'armée et l'administration militaire

Par Peter Marti, adjoint scientifique au Secrétariat général du DDPS

Le 10 juin 2001, les citoyennes et citoyens suisses seront invités à se prononcer sur la révision de la loi sur l'armée et l'administration militaire (loi sur l'armée) et les deux projets qu'elle implique : premièrement la coopération en matière d'instruction avec des armées étrangères, deuxièmement l'armement des militaires accomplissant au titre de volontaires un service de promotion de la paix à l'étranger.

Avec le premier volet, concernant la *coopération en matière d'instruction*, la loi sur l'armée devrait être modifiée de manière à faciliter les compétences relatives à la conclusion, avec d'autres Etats, de conventions sur la collaboration en matière d'instruction militaire (instruction de troupes à l'étranger, instruction de troupes étrangères en Suisse, exercices communs avec des troupes étrangères). Il s'agit en même temps d'améliorer la sécurité juridique des militaires suisses à l'étranger. Il n'y a donc en cela rien de nouveau, mais seulement la volonté de simplifier la situation existante.

Pour ce qui est du volet concernant l'*armement*, la loi sur l'armée devrait être modifiée de manière à autoriser, au besoin, l'armement des contingents de militaires qui participent au titre de volontaires à des opérations de promotion de la paix, cela afin d'assurer leur sécurité personnelle et de leur permettre d'accomplir leur mission. La Suisse ne peut s'associer à des opérations de promotion de la paix que sur mandat du Conseil de sécurité de l'ONU ou de l'OSCE (Organisation pour la sécurité et la coopération en Europe). Toute participation à des opérations de combat en vue de l'imposition de la paix reste exclue.

Pourquoi voter ?

Le Conseil fédéral et le Parlement ont accepté les deux projets, mais l'Action pour une Suisse indépendante et neutre (ASIN) et le Groupe pour une Suisse sans armée (GSsA) ont chacun déposé un référendum contre le projet d'armement. Ces deux organisations sont d'avis que dans ses contributions au soutien international à la paix, la Suisse doit se contenter d'engager des moyens civils, et refusent de donner au Conseil fédéral la possibilité d'armer les contingents de troupes pour leur sécurité personnelle. L'ASIN a en outre déposé un référendum contre le projet de coopération en matière d'instruction,

arguant que la collaboration avec l'étranger est superflue du point de vue militaire, malvenue du point de vue politique et problématique au sens du droit de la neutralité.

La collaboration dans le domaine de l'instruction est une nécessité

Si elles entendent pouvoir accomplir leur mission, les Forces terrestres et les Forces aériennes doivent avoir la possibilité de s'entraîner. Mais en Suisse, l'exiguïté du territoire et la densité des constructions ne permettent pas de mettre sur pied tous les exercices nécessaires à l'obtention du niveau d'instruction requis. D'autres Etats disposent d'installations et de terrains adéquats. Il est de notre intérêt de pouvoir les utiliser, et au lieu de devoir payer pour cela, nous pouvons en contrepartie inviter nos partenaires à utiliser les installations de l'armée suisse, qui ne sont pas mises pleinement à contribution.

Pour les Forces aériennes par exemple, les possibilités de pratiquer un entraînement efficace sont toujours plus entravées par des servitudes de plus en plus restrictives : trafic civil, prescriptions relatives au bruit, interdiction des vols de nuit et des vols supersoniques. Il s'agit donc :

- de maintenir l'accès à des terrains d'instruction et de tir qui, du point de vue qualitatif et quantitatif, n'ont plus d'équivalents en Suisse ;
- d'exercer toutes les formes d'intervention (par exemple entraînement au combat aérien de nuit et au-dessus de la vitesse du son) ;
- d'entraîner le combat par les airs contre différents types d'avions et d'armes et de pouvoir en donner une appréciation réaliste grâce à des moyens électroniques d'évaluation;
- de comparer le niveau d'instruction de nos pilotes à celui des pilotes étrangers ;
- de tester la valeur des différents modes d'intervention ;
- d'accroître l'aptitude à la coopération (interopérabilité) dans le domaine de la conduite, de l'équipement et des processus.

En contrepartie, la Suisse peut offrir aux Etats partenaires des possibilités d'instruction (par exemple entraînement au vol en montagne pour les hélicoptères) et l'accès à des simulateurs de vol modernes.

La collaboration en matière d'instruction peut aussi aboutir à la mise sur pied d'exercices communs destinés à vérifier le niveau d'instruction de notre armée. C'est en effet en nous mesurant aux autres en temps de paix que nous pourrions apprécier ce que notre armée serait en mesure de faire en cas de guerre. Et c'est seulement ainsi que nous pourrions obtenir la certitude que notre armée possède un niveau d'instruction suffisamment crédible qui la rend aussi apte à une défense autonome.

La coopération en matière d'instruction : rien d'extraordinaire...

La guerre froide est terminée. La collaboration entre les Etats européens – et pas seulement de l'Europe occidentale – s'est intensifiée, et le domaine de l'instruction militaire n'y échappe pas. Pour les militaires, les échanges internationaux sont aussi précieux que pour l'économie, l'industrie ou la recherche. En une période de forte réduction des budgets de défense, la nécessité de rationaliser l'instruction est un truisme. L'utilisation partagée de places et de matériel d'instruction permet à tous de réaliser des

économies, puisque ces acquisitions coûteuses et l'entretien des installations ne sont plus à la charge d'un seul Etat. La collaboration internationale en matière d'instruction est devenue la norme.

> Photo de l'opération "Drakar" (JPG, 143 KB) : en octobre/novembre 1999, une compagnie de chars avec 71 militaires en provenance de cinq brigades blindées ont accompli leur cours de répétition à Revinge et Ravlunda dans le sud de la Suède.

... et rien de nouveau

L'armée suisse collabore depuis longtemps dans le domaine de l'instruction avec des armées étrangères. Elle utilise des terrains d'exercice à l'étranger, les partenaires étrangers s'exercent sur nos simulateurs. Des officiers suisses sont envoyés dans des écoles militaires à l'étranger, des officiers étrangers participent à nos cours. Ces programmes d'échange reposent tous sur des accords bilatéraux et des conventions (dits Memorandum of Understanding) ou sur des autorisations spéciales du chef du Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS).

Simplifier les règles

La collaboration, dans le domaine de l'instruction militaire, avec un Etat étranger nécessite chaque fois l'établissement d'une convention. Le Conseil fédéral a jusqu'à présent passé une convention pour chacune des activités d'instruction. L'augmentation desdites activités fait apparaître la nécessité de simplifier la procédure. Le Conseil fédéral doit pouvoir, pour la coopération en matière d'instruction, passer des accords cadres avec les Etats partenaires.

Ces accords doivent constituer la base de la collaboration entre les partenaires concernés dans le domaine de l'instruction militaire. Le chef du DDPS, en vertu de cet accord, peut ensuite régler les détails techniques et administratifs de chaque activité d'instruction. En l'absence d'accord cadre, le Conseil fédéral reste l'instance compétente pour autoriser individuellement chacun des projets d'instruction.

Augmenter la sécurité juridique des militaires suisses à l'étranger

A l'étranger, il est aussi nécessaire de définir au mieux les droits et les devoirs de nos militaires. Le Conseil fédéral doit pouvoir à cet effet passer des accords internationaux afin de régler à titre de réciprocité le statut des militaires suisses à l'étranger et celui des militaires étrangers qui se trouvent momentanément en Suisse.

Il s'agit notamment de régler la question de la responsabilité civile en cas de dommages, des actions pénales et de l'importation et exportation de matériel et d'équipement. Il existe dans ce domaine des normes internationales qui certes divergent des dispositions du droit suisse, mais sont néanmoins dans l'intérêt de nos militaires. Le Conseil fédéral doit avoir la compétence de passer de telles conventions. Le droit des personnes privées en Suisse n'en est aucunement lésé.

L'action de la Suisse en faveur de la sécurité, de la stabilité et de la paix

L'action traditionnelle de la Suisse en faveur de la sécurité, de la stabilité et de la paix requiert toujours plus la participation à des opérations hors de nos frontières. Ces interventions sont principalement de nature civile, mais depuis 1953 (avec la mission en Corée), notre pays envoie également des militaires ou des contingents entiers à l'étranger.

En plus des cinq officiers suisses présents sur la frontière entre les deux Corée, on compte à ce jour dix-neuf observateurs militaires suisses non armés engagés au profit de l'ONU. En 1989-1990, la Suisse a mis à la disposition des Nations Unies une unité sanitaire en Namibie, puis, de 1991 à 1994, au Sahara occidental. De 1996 à 2000, une unité logistique – les « bérets jaunes » - a fourni son appui à l'OSCE en Bosnie-Herzégovine, et depuis octobre 1999, la Suisse appuie les troupes internationales de maintien de la paix au Kosovo (KFOR) par un contingent fort de quelque 160 militaires (SWISSCOY).

Un armement pour une meilleure protection individuelle

Les opérations dans des régions où la paix est encore précaire peuvent constituer un danger pour ceux qui y participent. Jusqu'à ce jour, la loi sur l'armée n'autorise le port d'une arme, dans ce genre d'opérations, qu'à quelques militaires particuliers et non à l'ensemble d'un contingent. Le projet proposé doit permettre d'armer, si nécessaire, tout un contingent, afin que les militaires puissent assurer eux-mêmes leur protection et accomplir leur mission de manière indépendante.

Le droit à la propre protection

En Suisse, il va de soi que les militaires sont équipés d'armes servant à leur protection personnelle et à la garde d'installations et cela même en temps de paix, lors des cours de répétition. Mais nos militaires doivent avoir le même droit à la meilleure protection personnelle possible lorsqu'ils participent en qualité de volontaires à des opérations internationales de promotion de la stabilité, de la sécurité et de la paix. Le type d'armement nécessaire est défini pour chaque opération ou lors de modifications de la situation au cours d'une même opération. Celui qui est équipé d'un armement adéquat court moins de risques d'être attaqué. En revanche, la loi exclut expressément toute utilisation des armes à des fins offensives dans des opérations d'imposition de la paix.

L'armement a pour but de permettre aux militaires d'assurer eux-mêmes leur protection et de ne plus être dépendants de la protection de troupes étrangères. Au Kosovo, le contingent SWISSCOY fournit un excellent travail dans le domaine logistique, mais il doit être appuyé par le contingent autrichien auquel il est attribué pour la collaboration. En Suisse pourtant, chaque compagnie en cours de répétition est autorisée à protéger ses installations, en recourant aux armes si nécessaire.

Des conditions strictes

Les opérations armées, qui comme par le passé ne pourront concerner que des volontaires, sont soumises à sept conditions strictes, les cinq premières étant fixées par la loi :

1. Ne peuvent participer à des opérations de ce genre que des volontaires.
2. Chaque intervention doit répondre à des exigences que commandent nos intérêts politiques et stratégiques. Elle doit contribuer de manière sensible à la sécurité et à la stabilité de notre environnement stratégique.
3. Chaque intervention doit posséder une base légale claire au sens du droit international public, c'est-à-dire un mandat de l'ONU ou de l'OSCE.
4. L'intervention doit être approuvée par l'Assemblée fédérale si elle implique plus de 100 militaires ou dure plus de trois semaines.
5. La participation à des opérations de combat en vue de l'imposition de la paix est exclue.
6. La mission doit être formulée sans ambiguïté. La Suisse détermine elle-même, dans chaque cas, si, comment et pour quelle durée elle veut s'associer à une opération.
7. Les opérations ne doivent pas entrer en conflit avec nos activités civiles sur place. L'engagement militaire de la Suisse dans des régions en crise fait l'objet d'une coordination permanente avec les services compétents du Département fédéral des affaires étrangères.

(à suivre: illustration JPG / illustration PDF)

La solidarité sert aussi nos intérêts

Il est de notre propre intérêt de participer activement à des opérations internationales de promotion de la paix. Nous contribuons ainsi à réduire les effets – par exemple des flux de réfugiés – que certains conflits violents pourraient exercer sur la Suisse. Nous amoindrissions également le risque d'extension des conflits et par conséquent le danger pour la Suisse de s'y trouver impliquée. C'est précisément en situation de crise que nous devons donner la preuve concrète de notre solidarité et fournir une contribution crédible même dans des missions difficiles. Seul celui qui sait faire preuve de solidarité peut espérer bénéficier de la solidarité d'autrui.

Dans certains cas, la promotion civile de la paix n'est pas possible sans sa consolidation par les armes. La participation demandée à la Suisse est donc également de nature militaire. Il ne conviendrait pas à une vision globale de la solidarité de se limiter aux aspects civils et humanitaires.

Notre souveraineté est préservée

La Suisse continue à juger en toute indépendance et souveraineté de l'opportunité pour elle de participer à une opération internationale de promotion de la paix. Si elle décide de fournir une contribution de nature militaire, c'est elle-même qui fixe les moyens à engager, la durée, le rôle que doit tenir le contingent et s'il doit être armé ou non. Il n'y a aucune délégation de souveraineté à l'ONU, à l'OSCE, à l'Union européenne ou à l'OTAN.

Des opérations compatibles avec la neutralité

Les opérations militaires de promotion de la paix telles que les conçoit la révision partielle de la loi sur l'armée sont compatibles avec la neutralité. Pour pouvoir apprécier si elle veut s'associer à une opération, la Suisse doit en effet d'abord disposer d'un mandat du Conseil de sécurité de l'ONU ou de l'OSCE. Or, l'octroi d'un tel mandat suppose l'assentiment d'une bonne partie de la communauté internationale. Et dans ce cas la question de la neutralité ne se pose même pas.

Participer à des opérations internationales de promotion de la paix ne signifie pas prendre part à une guerre, mais contribuer à assurer la paix. Il s'agit d'un engagement conforme à notre idée d'une neutralité solidaire et en accord avec les valeurs que nous partageons avec d'autres Etats. Le fait que nos troupes soient armées n'y change rien.

Les autres Etats neutres en Europe – la Suède, la Finlande, l'Autriche et l'Islande – mettent eux aussi des militaires armés à disposition des opérations internationales de promotion de la paix, et cela depuis des années et sans avoir dû céder quoi que ce soit de leur neutralité.

Le Parlement reste maître de la décision

Dans le projet de révision partielle de la loi sur l'armée, le Parlement est entièrement associé au processus de décision relatif à une opération à l'étranger. Avant toute opération armée, le Conseil fédéral doit consulter les commissions compétentes du Conseil national et du Conseil des Etats. Si l'opération engage plus de 100 militaires ou dure plus de trois semaines, elle est soumise à l'approbation de l'Assemblée fédérale.

Mars 2001. L'auteur, Peter Marti, est adjoint scientifique dans le domaine de la politique de sécurité et de défense auprès du Secrétariat général du DDPS. Dans l'armée, il est le chef SIT de la div mont 12.